



9. Postulat Müller Reto (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. Dezember 2006 betreffend die Einführung einer Schulsozialarbeit für Langenthal; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und stillschweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini stellt einleitend fest, dass Integrationsschwierigkeiten von Kindern und Jugendlichen aus anderen Kulturen, Sucht- und Ernährungsprobleme, Gefährdungsmeldungen, Verwahrlosung und Vandalismus den Schulalltag immer stärker beeinträchtigen, was von den Schulleitungen und der Lehrerschaft zunehmende Zuwendungen, Abklärungen und Betreuungsarbeiten erfordere. Die bestehenden Angebote von Fachstellen würden zwar in Anspruch genommen, seien aber nicht ausreichend.

Bei der Schulsozialarbeit gehe es um Früherfassung und um einen angebrachten Umgang mit Schwierigkeiten an den Schulen. Schwierigkeiten dieser Art würden den Unterricht immer mehr beeinträchtigen. Als letzte Massnahme müssten teure Fremdplatzierungen und Schulausschlüsse von Schülerinnen und Schülern angeordnet werden. Die Lehrpersonen würden seit Jahren mit sozialen, familiären und persönlichen Problemen von Schülerinnen und Schülern konfrontiert, welche die Möglichkeiten der Lehrkräfte bei weitem übersteige. Der Bedarf für mehr sozialarbeiterische Kompetenz an den Schulen sei somit gegeben.

Schulsozialarbeit sei ein niederschwelliges Beratungs-, Begleitungs- und Interventionsangebot von ausgewiesenen Fachleuten für Schülerinnen und Schüler, für Lehrkräfte und Eltern bei sozialen und persönlichen Problemen, die in Schulen auftreten und lernbehindernde Auswirkungen hätten.

Nebst bereits bestehender Stellen, die zugezogen werden können, wenn die Probleme schon akut seien, sollte die Schulsozialarbeit als Früherfassung dienen, um soziale Probleme von Kindern und Jugendlichen bereits am Ansatz zu erkennen und diese so früh wie möglich einer geeigneten Bearbeitung zuweisen zu können.

Der Gemeinderat empfehle dem Stadtrat das Postulat erheblich zu erklären, um damit die Einführung einer Schulsozialarbeit in Langenthal prüfen zu können.

Reto Müller glaubt, dass es viele pauschalierte Meinungen über Probleme mit und unter Jugendlichen gebe. Die Einen würden die Ursache in der Integrationsproblematik von Ausländern oder sogar in der Rapperbewegung vermuten, wogegen andere die Gründe für das Übel den verloren gegangenen traditionellen Werten zuschreiben würden. Da weder die eine noch die andere dieser Erklärungen eine Lösung biete, handle es sich dabei um reine Stimmungsmache.

Tatsache sei, dass der Schulbetrieb heute mit

- erzieherischen Problemen, welche vielschichtige Ursachen hätten
- psychosozialen Problemen wie Verwahrlosung und schwierigen Familienverhältnissen
- Beziehungs- und Suchproblemen
- Verhaltensproblemen wie Gewalt, Vandalismus, Mobbing
- Integrationsproblemen und
- Kooperationsproblemen

konfrontiert werde. Von einer Prävention könne meist überhaupt nicht gesprochen werden.

Es gelte an dieser Stelle einmal deutlich darauf aufmerksam zu machen, dass die Lehrkräfte für solche Situationen zwar sehr gut ausgebildet wären, die Schule aber auch ihre Grenzen habe. Die Pflichtlektionenzahl sei erhöht worden. Die Schülerzahlen würden mit jeder Klassenschliessung wachsen. Die Erwartungen an die Schule als Ganzes steige stetig ein wenig an. Heute fehle der Lehrperson für eine individuelle Betreuung oft die Zeit. Es gebe Schülerinnen und Schüler, die man am besten gar nicht mehr nach Hause schicken möchte, da sie in der Schule besser aufgehoben wären. Gefährdungsmeldungen und die Einschaltung des Sozialamtes seien bisher eine der wenigen Möglichkeiten gewesen, sich in solchen Situationen für das Wohl des Kindes und der Gesellschaft einzusetzen. Sobald dann eine Schülerin oder ein Schüler für die Schule nicht mehr tragbar sei, gebe es nur noch einen Weg, und genau solche Situationen gelte es zu verhindern.



Die Möglichkeiten im Rahmen dessen, wie die Schulen heute organisiert seien, seien beschränkt, weshalb eine Erweiterung Not tue. Aus seiner Sicht brauche es eine Schulsozialarbeit.

Der vorliegende Vorstoss sei als Postulat formuliert und verlange eine gründliche Prüfung der Thematik. Nach Abschluss der Prüfung müsste man die entsprechenden Massnahmen umsetzen - auch wenn sie etwas kosten. Wer die Akten studiert habe, wisse, was eine Schulsozialarbeit bringe und welche Städte neu drauf setzen würden - obwohl sie diese selbst bezahlen müssten - weil Schulsozialarbeit der Gesellschaft einen Mehrwert bringe. Er wage zu behaupten, wenn durch diese Massnahme auch nur ein Jugendlicher auf den richtigen Weg gebracht werden könne, sich das Ganze bereits lohne und nicht zuletzt Lehrkräfte, Eltern und Mitschüler entlaste.



Die Schulleitungen, das Sozialamt wie auch Tokjo, die neue professionalisierte Jugendarbeit in der Region, würden der fundierten Prüfung einer Schulsozialarbeit wohlgesinnt gegenüberstehen.

Christoph Kuert, FDP/jll-Fraktion erklärt namens der FDP/jll-Fraktion klar für die Prüfung der Einführung einer Schulsozialarbeit zu sein. Die FDP/jll-Fraktion verspreche sich davon aufschlussreiche Informationen über die Erfahrungen anderer Gemeinden, insbesondere in Städten gleicher Grösse wie Langenthal. Soziale Probleme in den Schulen in dem Ausmass, wie sie zum Beispiel Agglomerationen wie Zürich hätten, kenne Langenthal Gott lob noch nicht. Diesbezüglich bestehe für Langenthal - wie aus den Schulen zu erfahren sei - punkto Sicherheit noch kein akuter Notstand. Wesentlich sei auch, dass Langenthal über bestens ausgewiesene Stellen verfüge (Erziehungsberatung, Jugendbeauftragte, Suchtprävention, heilpädagogisches psychisches Ambulatorium), die sich bewährt hätten, was Hilfestellung und auch Prophylaxe betreffe. Ausserdem gelte es die Langenthaler Lehrerschaft nicht zu unterschätzen.

Betreffend die Schulsozialarbeit trete die FDP/jll-Fraktion klar für das kooperative Modell, also für eine autonome Schulsozialarbeit, ein. Es dürfe sich dabei nicht um die Einrichtung einer Art "Soziallobby" im Schulhaus handeln, die eventuelle Führungsfehler der Lehrpersonen ausbügeln. Der Vorteil einer externen Fachperson im Verhältnis zu schwierigen Schülern und Schulsituationen sei sicher einmal der, dass sie keine vorbelastete Position inne habe. Es gelte sich aber klar bewusst zu sein, dass mit einer Kostenbeteiligung des Kantons erst etwa ab dem Jahr 2012, wenn die Totalrevision des Volksschulgesetzes erfolgt sei, gerechnet werden könne. Mit den postulierten Kosten von Fr. 2'400.00 pro Schulklasse und Jahr sei die selbst zu tragende finanzielle Belastung für die Stadt an und für sich relevant. Nebst den finanziellen Auswirkungen gebe auch der Umstand zu denken, dass einmal mehr die Tendenz bestehe, Verantwortung von den Eltern an eine staatliche Institution abzuschieben - eine Entwicklung, die von der FDP/jll-Fraktion gar nicht begrüsst werde.

Die FDP/jll-Fraktion hoffe, dass die subtile Überprüfung des Postulats und das Ziehen richtiger Schlüsse daraus der Langenthaler Jugend zu Gute komme und empfehle die Erheblicherklärung des Postulats.



Margrit Lanz-Iseli, EVP-Fraktion merkt an sich in der EVP-Fraktion mit den Fragen

- Sind die verschiedenen Verantwortungsträger in Langenthal offen und bereit, um neue Strukturen zu prüfen?
- Wie viel Geld ist die Jugend dem Bildungsstandort Langenthal wert?

auseinandergesetzt zu haben, und dabei zur Überzeugung gelangt zu sein, dass die Schulsozialarbeit eine Investition in die Jugend darstelle.

Leider könne mancherorts Strukturarbeit nicht mehr dort erbracht werden - in den Familien - wo sie erbracht werden sollten. Haltlosigkeit, Orientierungslosigkeit und mangelnde Perspektiven würden leider nicht selten zu destruktivem Verhalten führen. Wenn Jugendliche auffällig würden, gelte es, mit Massnahmen Abhilfe zu schaffen. Massnahmen seien immer mit Kosten verbunden und seien oft das Ende einer Kette eines unheilvollen Verlaufs.

Die EVP-Fraktion verstehe die Schulsozialarbeit als ein zu bildendes Gefäss, dessen Inhalt präventiv auf negative Verläufe Einfluss nehmen sollte. Für viele Jugendliche stelle ein Schulsozialarbeitender eine Stütze, Halt und Orientierung dar. Viele Lehrkräfte würden diese Funktion schon lange mit Engagement ausführen.

Auf die Dauer könnten sie dieser Funktion jedoch - nebst ihren eigentlichen Kernaufgaben und den, durch den Gesellschaftswandel verursachten vielfältigen Aufgaben - nicht nachkommen.

Die Schulsozialarbeit sei eine Investition in die Jugend, welche sich vordergründig auf der Ausgabenseite in Franken niederschlage. Mittel- und langfristig werde sie sich jedoch auf der Einnahmenseite durch ermutigte, hoffnungsvolle, motivierte und lösungsorientierte Jugendliche zu Buche schlagen.

Die Mehrheit der EVP-Fraktion erachte die Finanzierung einer Schulsozialarbeit als eine sich lohnende Investition in die Gesellschaft und als Präventivinvestition in junge Menschen und in ihre sich rasch ändernden Lebenssituationen. Verbunden mit der Erwartung, dass sich die zuständigen Verantwortungsträger konstruktiv, offen und prospektiv mit der sich wandelnden Schulstruktur auseinandersetzen, wünsche sich die Mehrheit der Fraktion die Annahme des Postulats.

Luzia Bosshard, SP/GL-Fraktion ist davon überzeugt, dass die Stadt Langenthal Tagesschulen und auch eine Schulsozialarbeit brauche. Die Kosten für Kinder und Jugendliche, die in einer Institution sein müssten, seien - wie die Kosten einer "Heimkarriere" - enorm. Es gelte, nun eine Antwort auf die Frage zu finden, ob man Ressourcen für's "Flicken" oder für's "Gestalten" nutzen wolle.

Die SP/GL-Fraktion sei der Meinung, Ressourcen besser für's "Gestalten" als für's "Flicken" zu nutzen und stimme der Erheblicherklärung des Postulats zu.

Beatrice Lüthi erwähnt, als Mitglied der Fürsorge- und Vormundschaftskommission mit zu bekommen, dass vermehrt Jugendliche schon ab dem 18. Lebensjahr im Sozialamt erscheinen würden. Sie empfehle die Erheblicherklärung des Postulats, weil sie es besser finde, wenn diese "Kinder" früher aufgegriffen bzw. entsprechend betreut würden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 28 Stimmen Ja gegen 9 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. **Das Postulat Müller Reto (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. Dezember 2006 betreffend die Einführung einer Schulsozialarbeit für Langenthal, wird erheblich erklärt**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 02. April 2007

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-